



Die Expedition ist auf der Herrenstraße Nr. 20.

No 248.

Donnerstag den 23. Oktober

1845.

**Auch ein Vorschlag zur Verbreitung wahrer Volksbildung.**

Als wir vor einiger Zeit einem Musiker anrathen wollten, in Ermangelung eignen Melodienreichthums sich der Erfindungen fremder Meister zu bedienen, und dieselben durch seine Kunst mittelst origineller Verarbeitung in verschönerter Gestalt gleichsam neu zu erschaffen, da trafen wir auf heftigen Widerspruch. — Dieser soll uns jedoch nicht abhalten, auf einem andern Gebiete mit einem ähnlichen Vorschlage herauszutreten, welcher vielleicht größere Billigung finden wird.

Er betrifft diesmal die Bemühungen derer, welche es sich zum Ziele gesetzt haben, die mittleren und unteren Klassen der bürgerlichen Gesellschaft zu größerer Theilnahme und richtigerer Einsicht in die wichtigsten Angelegenheiten des Menschen heranzubilden, und aufgeklärtere Begriffe über Staat und Kirche, und über den Beruf und die Befähigung sich für dieselben zu interessiren, in weiteren Kreisen zu verbreiten.

Ueberblicken wir die voluminöse Tagesliteratur, die auf diesem Boden mit pikartiger Leichtigkeit hervorgehoben ist, so werden wir nicht läugnen können, daß die Goldhörner nur sparsam unter die Schlacken verstreut sind, und daß zur Sichtung und Sonderung hier schon eben die größere Einsicht, welche erst geschaffen werden soll, als vorhanden vorausgesetzt werden müßte; so fern nicht das Unbrauchbare und Verwerfliche mit dem Zweckmäßigen in gleicher Weise aufgenommen werden soll.

Das wahrhaft Gute ist hier, wie überall uralt, und die Scribenten, von denen wir reden, scheinen gerade darin zu fehlen, daß sie meinen, nur immer etwas Neues und nie Dagewesenes vorbringen zu müssen.

Gute Volkschriften können aber nicht einer Gewerbezeitung gleichen, die wöchentlich neue Erfindungen und Entdeckungen kund macht, und durch das Neueste wieder das Neue verdrängt. — Volkschriften sollen die alten ehrwürdigen Wahrheiten aus dem Sarge des Wortes und des Buchstabens erwecken zum Leben der That; — sie sollen durch Lehren und Beispiele darthun, daß das Beste auch immer das Klügste ist, daß man auf dem geraden Wege am schnellsten zum Ziele kommt, und daß ein großes Ganzes am sichersten und gründlichsten vervollkommenet wird, wenn die einzelnen Theile und Glieder so vollkommen wie möglich ausgebildet werden. Den Zusammenhang müssen solche Schriften erkennen lehren, zwischen dem Wohle des einzelnen Bürgers und dem des Staates; sie müssen die Heiligkeit auch der geringsten nützlichsten Thätigkeit dadurch anschaulich machen, daß sie zeigen, wie selbst der größte und mächtigste Organismus nicht gesund ist, so lange sein kleinste Theilchen kränkelt; — so nur kann das Bewußtsein der wahren Theilnehmung an dem Heile des Staates und der Kirche zu einem erhebenden und fruchtbringenden werden unter allen Klassen der Gesellschaft.

Diese erhabene Anschauungsweise nun ist in so vielen älteren und neueren Meisterwerken unserer Literatur, von deren Koryphäen mit einer Vollkommenheit niedergelegt, auf welche die Tageschriftsteller gewiß viel zu bescheiden sind, Anspruch zu machen; und doch sind gar viele von diesen Werken so gut wie vergessen; — und von Hunderten unserer Leser wird kaum Einer dieselben kennen. — Solche Werke nun, meine ich, sollte man im Auszuge, und wo es nöthig ist, mit verständlichen Erläuterungen und Anmerkungen zu verbreiten suchen; und man würde mehr Segen schaffen, als durch Declamationen wie sie sie jetzt gang und gebe sind, und durch welche mehr ein unfruchtbares Unbehagen erregt, als auf die Mittel, dasselbe zu heilen, hingewiesen wird. — Unsere Literatur ist reich an solchen trefflichen Werken, und gerade sie sind es, auf die wir stolz sein dürfen, weil kein anderes Volk hier mit uns wetteifern

kann, während wir in den leichteren Zweigen der Schriftstellerei oft gar weit von den Nachbarn überflügelt werden. — Männer aber wie Fichte, Herder, Lessing, Justus Möser sind eigenthümlich deutsche Naturen, deren Namen wir nur mit Stolz und Verehrung aussprechen sollten.

Was die Schriften dieser Heroen so vorzüglich vor den meisten heutigen Erzeugnissen auszeichnet, ist hauptsächlich der glühende Eifer für die Sache und für die Wahrheit, während wir jetzt fast nur Bekämpfungen von Gegnern zu hören bekommen, und jeder seine Parteiensicht, als sich von selbst verstandend voraussetzt. — Durch diesen Unterschied ist es erklärbar, daß z. B. so gar die persönlichen Streitschriften Lessings weit weniger persönlich sind, als die neuesten, scheinbar abstractesten und nur mit der Sache selbst sich befassenden politischen und kirchlichen Schriften.

Der Geist und Sinn, aus welchem die Reden an die deutsche Nation, die Anweisung zum seligen Leben, die patriotischen Phantasien hervorgingen, die rein gegenständliche Klarheit, mit welcher der Auffatz über die Erziehung des Menschengeschlechts abgefaßt ist, diese sollten durch möglichste Verbreitung solcher Werke auch in den weitesten Kreisen, wieder erweckt, und gekräftigt werden. — Der in neuester Zeit erfolgte Wiederabdruck eines Theiles dieser Schriften genügt hier nicht; denn alte, neu aufgelegte Schriften, wird mit geringer Ausnahme, nur der Kaufen und lesen, der sie schon früher gekannt hat. — Wenn aber ein Mann von wissenschaftlichem und sittlichem Rufe es unternehmen wollte, durch öffentliche Vorlesung und Erläuterung diese Schätze zum Gemeingut eines größtmöglichen Zuhörerkreises zu machen, so würde wahrlich mehr wahrer Nutzen, und mehr sittliche Förderung geschafft werden, als durch die Mittheilung der eigenen Produkte.

Für den tiefergreifendsten und andauerndsten Eindruck wollten wir uns verbürgen, wenn ein geeigneter Mann es unternähme, die Grundzüge des gegenwärtigen Zeitalters von Fichte auf diese Art populär zu machen. Der Samen männlicher Gesinnung und stoischer Sittlichkeit, die Funken glühendster Vaterlands- und Volks-Liebe, welche in diesem Werke athmen, könnten, durch einen lebendigen und ausdrucksvollen Vortrag gehoben, ihres Eindrucks nie verfehlen; — und gewiß würde der Volkslehrer, der sich bescheiden zum Organ dieses größeren, jetzt verstümmten Geistes machte, den Dank aller Guten und Einsichtigen sich verdienen. — Oder wäre es so übel, wenn die Gelehrten sich in soweit manchmal ein Beispiel an den Künstlern nähmen, die ja auch nicht immer ihre eigenen Compositionen vortragen, sondern mit weit größerem Erfolge die Werke der verstorbenen großen Meister uns vorführen? — Auch Schriften und Bücher werden erst wahrhaft lebendig durch das lebendige Wort und den öffentlichen Vortrag; und es ist nicht abzusehen, warum poetische Werke allein zu dieser Art der Veröffentlichung geeignet sein sollten. Gewiß würde wie hier das Interesse der Kunst, so dort noch in höherem Grade das Interesse der Wahrheit und der Erkenntniß gefördert werden. — Vielleicht hält Einer oder der Andere von den Männern, welche durch ihren Namen und ihre Stellung berechtigt wären, einen solchen Versuch zu wagen, es der Mühe werth, diesen Vorschlag in Erwägung zu ziehen. — Der Segen und der Erfolg würden sicherlich nicht ausbleiben. F. V.

Nr. 106737 2500 Rthl., auf Nr. 60095 1000 Rthl., auf Nr. 67822 1000 Rthl., auf Nr. 134086 1000 Rthl., auf Nr. 164106 1000 Rthl., auf Nr. 199067 1000 Rthl., auf Nr. 227302 1000 Rthl., auf Nr. 25039 500 Rthl., auf Nr. 68694 500 Rthl., auf Nr. 75114 500 Rthl., auf Nr. 183318 500 Rthl., auf Nr. 249812 500 Rthl.

In einigen Zeitungen, unter andern auch im Hamburger Correspondenten, wird mitgetheilt, unser König habe bei der Taufe des Sohnes des Kronprinzen von Baiern gleich den übrigen Taufzeugen zur Bekräftigung des Tauffchwures die Hand auf das Kind gelegt, der Erzbischof aber die Hand des Königs zurückgeschoben, worauf Se. Maj. sich sofort umgewandt und das Schloß, so wie kurz darauf auch München, verlassen hätten. Wir können diese Erklärung aus bester Quelle als eine leere Erdichtung bezeichnen. Unser Herrscherpaar hatte München bereits vor der Geburt des Prinzen verlassen; die Nachricht davon erreichte dasselbe in Tegernsee, und S. M. kehrten, nur um bei der Taufe noch gegenwärtig zu sein, nach München zurück, traten aber unmittelbar nach derselben die Reise wieder an. Dies ist das einzig Wahre an der Sache. (A. P. 3.)

× Berlin, 20. Oktober. Die Zustände unserer Börse werden immer trüber. Heute wurden preussische Staatsschuldscheine zu fünf und neunzig ein halb ausgeben. Freilich beruht dies wohl mit auf einem Manöver einiger Bankierhäuser, welche sich vereinten und so viele Staatspapiere als möglich an die Börse warfen, um dadurch die königliche Bank zu nöthigen, diese Papiere, der Aufrechthaltung des Staatskredits wegen, wieder in Depot zu nehmen. Diefelbe giebt nämlich gegenwärtig nur noch bis zum Belau von 5000 Rthlr. baares Geld. Indes beklagenswerth bleibt es doch immer, daß die Börsenwelt bereits zu solchen Zwangsmitteln ihre Zuflucht zu nehmen sucht. Heute Mittag hatten die Börsenältesten eine Audienz bei dem Finanzminister, wie es heißt, um entweder ein liberaleres Verfahren der königlichen Bank zu erwirken, oder den Minister um ein Ausfuhrverbot des baaren Geldes anzugehen. Das Letztere, wenn es sich überhaupt ausführen ließe, wäre nun gar das Kind mit dem Bade verschüttet. Dabei erwartet man den größten Nothstand leider noch in den nächsten Tagen. Dann kehren unsere Fabrikanten von der Leipziger Messe zurück und bringen natürlich sammt und sonders statt des baaren Geldes zweimonatliche Wechsel mit. Diese aber sind sie sogleich zu diskontiren genöthigt, weil die größeren Arbeiter und Lieferanten, als Färber, Apreteure, Twisthändler nach dem Schluß der Messe auf ihr Geld rechnen. Wer soll aber bei der Geldkalamität diskontiren? Heißt es doch heute schon, die Bank werde ihr Diskonto, vielleicht mit aus Rücksicht auf jenen Andrang, von morgen ab auf sechs Prozent erhöhen! Wir glauben nichts desto weniger, daß sich die Sache diesmal noch wieder applanirt, aber wiederholen auch unsere mehrfach gemachte Prophezeiung; geht man nicht daran, Privat- (oder wohl noch besser, Landes-) Banken zu errichten, oder überhaupt die immobilien Werthe durch neue Cirkulationsmittel in Umlauf zu setzen, so wird das Elend dennoch hereinbrechen und dann furchtbar. — Es wiederholt sich das Gerücht, daß der Cultusminister sein Portfeuille abgeben und daß dasselbe dem Curator der rheinischen Universität Geheimrath und Professor von Bethman-Hollweg anvertraut werden würde. Derselbe ist bekanntlich erst neuerdings aus königlichem Vertrauen zum Mitglied des Staatsraths ernannt und steht im Begriff seinen Wohnsitz von Bonn nach Berlin zu verlegen. — Die mehr erwähnte Adresse der Kammergerichts-Referendarien ist dem Herrn von Grolmann am Sonnabend durch eine Deputation überreicht worden und sehr wohlwollend von ihm aufgenommen. Sie lautet also: „Er-

**J u l a n d.**

Berlin, 20. Oktober. Bei der am 18. d. Mts. fortgesetzten und am heutigen Tage beendeten Ziehung der für dieses Jahr zur Auslosung bestimmten Seehandlungs-Prämien-Scheine fielen an Haupt-Prämien bis einschließlich 500 Rthl. auf Nummer 60616 10000 Rthl., auf Nr. 75833 4350 Rthl., auf Nr. 44073 2500 Rthl., auf Nr. 62547 2500 Rthl., auf

cellenz! Ihr Ausscheiden aus dem Staatsdienst hat weite Kreise mit schmerzlichen Bedauern erfüllt. In Ew. Excellenz kannte und achtete man den Richter, der ohne Menschenfurcht und jedem Einflusse unzugänglich die Waage, wie das Schwert der Gerechtigkeit handhabte. In Ihnen verehrte man den Staatsmann, der jedem Rückschritt widerstrebend für Freiheit und Recht, wie für alle edlen und großen Gedanken des Jahrhunderts zu kämpfen gewohnt war. Wir standen Ew. Excellenz näher! Wir waren zum großen Theil Zeugen Ihres Wirkens, wir waren stolz darauf und fühlten uns gehoben durch das Bewußtsein unter den Auspicien eines Mannes thätig zu sein, den das gesammte Vaterland mit Hochachtung und Verehrung nennt. Darum fühlen wir auch schmerzlicher den Verlust, welchen der Staat durch Ew. Excellenz Ausscheiden aus dem Dienste erlitten! Wir haben aber nicht nur zu Ew. Excellenz, als dem besten Vorbilde eines Richters, eines Staatsmannes, hinaufgeblickt, wir haben uns noch einer besondern Fürsorge von Ihnen zu erfreuen gehabt. Sie suchten in uns die Selbstständigkeit zu kräftigen, welche Sie zielt; Sie verbannten deshalb gern, soweit es das Interesse des Staatsdienstes zuließ, all die kleinlichen Formen, welche die Freiheit unseres Strebens einengen und die Lust und Liebe für unseren Beruf erlöden konnten. In Ew. Excellenz fanden wir den Vorgesetzten, welchen wir lieben, den wir verehren mußten. Darum wird auch Ihr Andenken uns stets werth und theuer bleiben und als ein heiliges Vermächtniß auf unserem Lebenswege uns begleiten. Ew. Excellenz bitten wir, diesen schwachen Ausdruck der Gefühle, welche uns bei Ihrem Ausscheiden aus dem Staatsdienste erfüllen, entgegen zu nehmen. Berlin, den 26. Septbr. 1845." Folgende 70 Unterschriften. Es scheint uns, als die Presse aus mehr als einem Grunde die Verpflichtung hätte, diese treffliche Adresse der Öffentlichkeit zu übergeben.

\* \* Berlin, 20. Okt. Die immer allgemeiner werdenden Wünsche und Hoffnungen hatten an die Feier des königl. Geburtstages wieder das Gerücht von einer wichtigen Publikation in Betreff der Landesinstitutionen geknüpft, indeß ist der Tag, wie so viele andere vor ihm, vorübergegangen, ohne diese Gerüchte zu realisiren. Bewunderungswürdig ist die Beharrlichkeit, mit welcher das Publikum die Sache von Termin zu Termin verschiebt; schon jetzt ist die Rede davon, daß die Maßregel auf den Jahreschluß vertagt sei. Die Art, wie dieses Gerücht fortlebt, läßt übrigens deutlich erkennen, daß ihm außer den erwähnten allgemeinen Wünschen und Hoffnungen keine bestimmte Thatsachen zum Grunde liegen. — Man will hier bemerkt haben, daß in der letztern Zeit die Censur, besonders für die öffentlichen Blätter, wieder sehr geschärft worden sei. Es scheint aber, daß sich die Censur auf die unrechte Seite wirft, denn während sie die Bekanntmachung von Thatsachen vergebens zu verhindern sucht und dem Ausdruck der öffentlichen Meinung in größeren Artikeln Hindernisse in den Weg legt, kommen in den Eingefandten unserer Zeitungen, welche doch auch der Censur unterliegen, alle mögliche Skandale zu Tage. Es ist dies ein ganz neuer Ausdruck der öffentlichen Meinung, welcher sich hier geltend macht, aber leider nicht der respektabelsten, und wenn diese Eingefandten das Resultat unseres Fortschrittes der letzten Jahre sein sollten, so müßte man bedauern, daß wir so weit fortgeschritten sind. Die Römisch-katholischen blicken mit Interesse auf die Reise Sr. Maj. des Kaisers von Rußland nach Italien und erwarten von derselben eine bedeutende Aenderung in der gegenwärtigen Lage der katholischen Kirche, besonders in Polen. Ob sie mit Recht auf den Umstand, daß Palermo näher an Rom liegt als St. Petersburg, ihre Hoffnungen bauen, wird die Zeit lehren. — In der christkatholischen Versammlung des vorigen Sonntags sind durch die Einzwängung in dem kleinen Besaale wieder einige Personen ohnmächtig geworden, doch waren zum Glück Aerzte bei der Hand. Man würde wohl thun, zu diesem Behuf einen besondern Arzt anzustellen. Was werden einmal unsere Nachkommen von unsern Tagen für Anekdoten erzählen.

Königsberg, 22. Sept. Drei gesinnungstüchtige Männer sind in kurzer Zeit aus unserer Mitte geschieden. Oberlandesgerichtsrath Pfeiffer, Regierungsrath Schmis, Polizeipräsident Dr. Abegg. Herr Schmis nur wurde auf freien eigenen Wunsch versetzt. Das Gewerbe-departement verliert an ihm einen ausgezeichneten Beamten; durch die „erste Gewerbeausstellung“ hat er in den Herzen unserer Industriellen ein bleibendes Denkmal hinterlassen. Wie der Reid überall das Strahlende zu schwärzen und das Erhabene in den Staub zu ziehen sucht, so auch hier. Kleinliche und versteckte Anfeindungen verbitterten ihm sein mühsam erzwungenes Verdienst, das ihm indessen die Gewerbetreibenden durch Anerkennung aller Art zu erhalten suchten. Andere Gründe seiner freiwilligen Versetzung nach Münster waren sein Glaube (er war strenggläubiger Katholik). — Regierungsrath Pfeiffer wurde nach Insterburg versetzt;

wie es heißt, wird er das Amt des Richters mit dem des „Anwaltes“ vertauschen. — Der Herr Polizeipräsident Dr. Abegg endlich ist, wie wir schon früher berichteten, als Mitglied der Schlesischen Eisenbahndirection nach Dypeln versetzt. Abegg war Justizreferendar, etwa drei Jahre Landrath des Fischhausen Kreisfries gewesen und wurde nach dem Tode des Polizeipräsidenten Schmidt im November 1835, Chef des Polizeipräsidentiums in Königsberg. Wenn man bedenkt, wie schwierig, schlüpfrig und undankbar die Stellung eines Polizeipräsidenten in Königsberg ganz insbesondere ist, weil hier nicht bloß die rohe Gewalt, sondern auch die Intelligenz zu bekämpfen war, so müssen wir die Gewandtheit bewundern, mit der Herr Dr. Abegg sich hier, unter den schwierigsten Verhältnissen zehn volle Jahre hindurch zu halten gewußt hat. Eben deshalb aber muß es noch mehr Wunder nehmen, daß Herr Abegg, nachdem er sich in dieses schwierige Geschäft hineingearbeitet, nachdem er durch wichtige Erfahrungen geprüft und von manchen Leidenschaften entseßt, jetzt plötzlich aus einer Stellung gerufen wird, die auszufüllen seinen Nachfolgern, wenigstens für die ersten Jahre sehr schwer werden wird. Abegg besaß das Vertrauen und die Liebe des Publikums, und was keinem Andern durch Gewaltmaßregeln zu erreichen möglich war, das erreichte er durch sein populäres Auftreten, durch Mittel milderer Art, wie unsere Zeitumstände sie gerade verlangen. Um das Andenken des Scheidenden zu ehren, werden große Festivitäten veranstaltet. (Danz. Dampf.)

### Deutschland.

Dresden, 18. Okt. Die zweite Kammer setzte in der heutigen Sitzung die Berathung des Adressentwurfs fort und begann mit der Debatte über § 2 desselben. Der Abg. Georgi sprach hier den Wunsch aus, daß die den Handel und die Industrie betreffenden Vorlagen nicht bis zum Schlusse des Landtages verschoben und nicht wie bisher in Geheimsitzungen berathen werden möchten. In Bezug auf die in Karlsruhe stattfindende Zollvereins-Conferenz wies derselbe darauf hin, daß ein nachhaltiger und ausgebreiteter Schutz der vaterländischen Industrie, ein Schutz, der nicht zum Vortheile des einen Zweiges dem andern Nachtheil bringe, der die egoistische Handlungsweise anderer Staaten hemme und einer allgemeinen Handelsfreiheit förderlich sein werde, so wie eine Revision des Zollvereinstarifs, Dasjenige sei, was man im Interesse der Industrie am meisten wünschen müsse. Der Abg. Heuberger sprach für die Errichtung von Handelskammern und wurde von dem Abg. Claus unterstützt, der zugleich bemerkte, daß er demnächst eine auf diesen Gegenstand bezügliche Petition einbringen werde. An der Debatte theilnahmen auch die Abg. Schaffrath, Oberländer und Keuner. Abg. Meusel glaubte als Mitglied der Adressdeputation das Mißverhältnis beiseitigen zu müssen, als habe die Deputation durch die von ihr vorgeschlagene Fassung des § 3 der Adresse sich für das Schutzollsystem erklären wollen; im Gegentheile habe die ursprüngliche Fassung so gelaundet, die Deputation in der Mehrheit aber sich gegen Schutzölle erklärt. Berichterstatter Todt bestätigte dies und erklärte, er habe sich in der Deputation der Mehrheit angeschlossen, weil die Frage über die Schutzölle sich bei der Adresse doch nicht entscheiden lasse, und eine spätere Gelegenheit auf diesen Gegenstand führen werde. Ob er für oder gegen Schutzölle sei, darüber werde er sich dann aussprechen. Der Abg. Rittner wünschte, daß die Landwirthschaft in der Adresse nicht so nebenbei erwähnt werden möge, und stellte deshalb einen Antrag auf Aenderung der Fassung des § 2, der jedoch abgelehnt wurde, indem die Kammer nach einigen Mittheilungen der Staatsminister v. Zeschau und v. Falkenstein in Bezug auf Handel und Industrie, den § 2 des Entwurfs einstimmig annahm. Bei § 3 gab der Staatsminister v. Zeschau die Erklärung, daß es nicht an der Regierung liege, wenn ihr Streben, dem Elbverkehr Erleichterungen zu gewähren, nicht so erfolgreich gewesen, als sie es wünschen müsse; es seien jedoch Aussichten vorhanden, die ein günstigeres Resultat für künftige Verhandlungen versprechen; er wies zugleich darauf hin, daß die Zusatzacte des Elbschiffahrtsvertrags der Kammer nachträglich vorgelegt werden solle. Diese Erklärung veranlaßte mehre Abgeordnete, eine tiefere Erörterung der hier einschlagenden Verhältnisse bis zur Vorlage dieses Aktenstücks anzufordern; nur Secretär Tzschucke und der Abg. Todt als Referent gingen spezieller auf den Gegenstand ein und sprachen sich namentlich über das ungenügende Resultat der letzten in dieser Sache stattgehabten Verhandlungen aus, worauf der § 3 ebenfalls einstimmige Annahme fand. Staatsminister v. Zeschau wünschte, daß der § 4 abgeändert werde oder ganz weggelassen möge, indem in demselben einestheils ein Mißtrauen gegen die Regierung zu liegen scheine und andertheils der Schlußsatz so ausgelegt werden könne, als wolle die Kammer dem Bundesstagsgesandten Instruktionen erteilen.\*) Die

Abg. Schaffrath, Hensel II., Geißler, Oberländer, Meßler und der Referent Todt sprachen für das Beibehalten des Abschnitts und hoben hervor, daß die Kammer nicht zu dem sächsischen Gesandten, sondern zu ihrer Regierung spreche. Es lasse sich über diesen Abschnitt Vieles sagen, aber man erkenne einestheils die zarte Stellung der Regierung dem Bunde gegenüber, und andertheils sei die öffentliche Meinung über den Bundesstag längst im Klaren. Es wurde auf die Verheißungen hingewiesen, die dem deutschen Volke durch die Bundesakte zugesagt, aber bis jetzt leider noch nicht erfüllt worden seien. Instruktion des Gesandten sei es nicht, was man in der Adresse ausprühe, sondern eine Mahnung zur Zahlung, und es sei ein Recht Dessen, der zu fordern hat, den Schuldner zu mahnen; das deutsche Volk habe vom Bundesstage zu fordern, und man hoffe, daß Beharrlichkeit im Mahnen zum Ziele führen werde, wenn nicht deutsche Treue und Redlichkeit gänzlich verschwunden seien. Durch einstimmige Annahme des § 4 wurde der Antrag des Staatsministers auf Abänderung desselben erledigt.

Der § 5 gab zuvörderst dem Abg. Brockhaus Veranlassung, sich über die Leipziger Ereignisse vom 12. August auszusprechen. Er äußerte, daß er den Werth der Auszeichnung wohl fühle, eine Stadt wie Leipzig in der sächsischen Volkskammer zu vertreten; er sei bei den Ereignissen in keiner Weise theilhaftig, und wenn er es einerseits für seine Pflicht halte, die Aufregung nicht durch eine ins Detail eingehende Debatte zu steigern, und auch in anderer Beziehung hierzu der Zeitpunkt nicht sein möchte, so könne er doch nicht umhin, über jene Ereignisse hier sein Glaubensbekenntniß auszusprechen. Möglich seien diese Vorgänge nicht gewesen, wenn nicht die Regierung durch ein schwankendes und unsicheres Benehmen bei den Erscheinungen der Gegenwart und namentlich durch die Bekanntmachung der in Evangelien beauftragten Minister vom 17. Juli das ganze Land in Aufregung gesetzt hätte. Den Prinzen Johann spreche er frei von jedem Einfluß auf diese gewiß in guter Absicht erlassene, aber wahrhaft unheilvoll gewordene Bekanntmachung, ebenso von jeder Theilnahme an der traurigen Katastrophe von 12. August; aber nicht frei seien die Umgebungen des Prinzen, denen die Stimmung bekannt sein mußte, zu sprechen, da sie diesen nicht hiervon in Kenntniß gesetzt, es nicht für ihre Pflicht gehalten hätten, von der Abhaltung der Revue abzurathen. Nicht frei seien die Behörden Leipzigs zu sprechen, so leid es ihm auch thue, dies auszusprechen zu müssen; denn wenn die Männer, denen das Wohl der Stadt anvertraut ist, an jenem Abend sich als Männer von Kopf und Herz gezeigt, so hätten diese Ereignisse entweder gar nicht oder doch nicht in der Weise stattfinden können, wie man sie jetzt beklage. Ein großer Vorwurf treffe auch namentlich den Commandanten der Communalgarde, der den Zweck dieses Instituts, das stets von dem besten Geiste zur Aufrechthaltung des Gesetzes und der bürgerlichen Ordnung befehlet gewesen sei, nicht berücksichtigt habe. Die Katastrophe selbst sei ein durch keine Nothwendigkeit gebotener und gerechtfertigter Akt der Gewalt, den man in Sachsen am wenigsten erwartet habe und den die Regierung gewiß selbst am meisten beklage. Was die Folgen des Ereignisses betreffe, so würden diese gewiß weniger betäubend geworden sein, wenn die Regierung sich hätte entschließen können, nicht gleich von vorn herein gewissermaßen Partei zu nehmen; wenn sie nicht in dem unglücklichen Irrthume befangen gewesen wäre und theilweise noch befangen zu sein scheine, als sei die Stadt Leipzig, die Masse der loyalen und ruhigen Bürger, schuld an Dem, was ein Vöbelhaufen verübte. Man habe Leipzig fast wie eine eroberte Stadt behandelt, während es durch mehrere Adressen an den König und den Prinzen Johann bewiesen habe, wie loyal es sei, obwohl einige dieser Adressen der Art seien, daß er und mit ihm die Mehrzahl der Bewohner Leipzigs eine Verantwortlichkeit dafür ablehnten. Die Ergebnisse der kommissarischen Untersuchung, wie sie bekannt gemacht, besonders aber die denselben vorausgeschickte Bekanntmachung des Ministeriums des Innern sei wenig geeignet, Beruhigung zu gewähren, wo sich die Bewohner Leipzigs in ihrem heiligsten Gefühle, dem der Gerechtigkeit, verletzt fühlten. Er müsse daher besonderes Gewicht darauf legen, daß der letzte Satz des Abschnitts 5)

mit der Kraft der Wahrheit und dem Geiste unserer Verfassung entsprechend, dahin zu wirken bemüht sein werde, daß die noch bestehenden provisorischen Ausnahmefese wieder aufgehoben und hiermit die vollkommene Entwicklung der dem deutschen Volke durch die Bundes-Acte verheißenen Zustände werde angebahnt werden."

\*) Dieser letzte Satz lautet: „Sollte aber durch selbige (die Erörterungen) der beabsichtigte Zweck noch nicht erreicht werden, wie es Ew. z. und unser Aller Wunsch ist, so wird es Allerhöchster Willenheit gewiß gelingen, noch andere Mittel aufzufinden, jeden Mißton über jene Vorfälle zum Heile des gesammten Vaterlandes vollständig aufzulösen."

\*) Der § 4 lautet wie folgt: „Daß Sachsen die als Mitglied des Deutschen Bundes übernommene Verpflichtungen in allen Beziehungen erfüllen, dazu werden wir nach Kräften beitragen, indem wir uns dabei der Hoffnung hingeben, daß Sachsens Stimme am Bundesstage,

des Adress-Entwurfs Annahme finde, und schliesse mit dem Wunsche, daß die Geschichte Sachsens nie wieder ein solches Blatt zu schreiben haben möge, wie jetzt vom Jahre 1845 zu schreiben sei.

Der Staatsminister v. Falkenstein erwiderte hierauf, daß es eigentlich nicht seine Absicht gewesen sei, sich heute über die Vorgänge in Leipzig auszusprechen, da aber besonderes Gewicht auf die dem Commissionsbericht über die Untersuchung der Vorfälle vom 12ten August vorausgeschickte Bekanntmachung des Ministeriums des Innern gelegt werde, so wolle er seine Ansicht im Allgemeinen erklären. Daß diese Bekanntmachung und der Commissionsbericht allgemeine Zufriedenheit finden würden, sei von ihm selbst bezweifelt worden, aber aus ganz entgegengesetzten Ursachen, als vielleicht die Kammer annehme. Es gäbe sich in dieser Sache eine große Leidenschaftlichkeit auf der einen Seite, auf der andern Seite ein gewisses natürliches Schamgefühl kund; Jedermann bemühe sich, den Standpunkt der Sache zu verrücken, die Ursache der Ereignisse zu verhüllen. Er glaube, Leipzig habe keinen Grund, sich zu beklagen, sondern das gesammte Vaterland, daß es in Leipzig so weit kommen konnte. Von dem begangenen Frevel spreche man nicht, sondern nur von den Folgen. Das Ministerium habe gethan, was gewünscht worden, was es für seine Pflicht gehalten: dem Lande bekannt gemacht, was die kommissarische Untersuchung für Erfolg gehabt. Die Folge sei gewesen, daß Niemand die Wahrheit hören wolle; die Einen hätten den Tadel zurückgewiesen, die Andern das Lob abgelehnt. Auf diesem Wege könne der begangene Frevel nicht weggethan, Leipzig nicht beruhigt werden, wohl aber auf einem andern Wege: dem der Selbsterkenntniß. Leipzig müsse sich wiederfinden; er achte und ehre Leipzig und seine ehrenwerthen Bürger; aber er müsse wünschen, daß Leipzig sich nicht letzten lassen möge von Männern, die zum Theil nicht einmal zu seinen Bürgern gehörten, daß es sich nicht Ansichten und Meinungen aufdrängen lassen möge, die nicht die seinigen seien. Was die in der gestrigen Sitzung eingegangene Beschwerde anlange, so sei auf die Zahl der Unterschriften wohl kein so großes Gewicht zu legen, da es nur zu gut bekannt sei, welche Mittel zur Erlangung von Unterschriften bei Petitionen angewendet würden; so sei namentlich zur Unterzeichnung dieser Beschwerde in Leipzig durch Karten eingeladen worden.

Der Abgeordnete Poppe hielt dem Staatsminister entgegen, daß der Mensch wohl leicht zu Leidenschaftlichkeit geführt werden könne, wo es sich um zehn Menschenleben handle. Der Fleck, den die Ereignisse vom 12. August auf Leipzig werfen, sei auch auf der andern Seite vorhanden, das werde man nicht läugnen wollen. Man hätte wenigstens die gefallenen Opfer beklagen können, da ja die Commission in ihrem Berichte selbst der Ansicht Raum zu geben scheine, die Gefallenen seien unschuldig gewesen. In Bezug auf die Unterschriften der gedachten Beschwerde möge der Minister, da er ja Leipzig kenne, die Namen der Unterzeichneten berücksichtigen; er werde loyale, ruhige Männer finden, viele von denen, die er in Leipzig zu seinen nächsten Bekannten gezählt.

Der Abgeordnete Klinger wies darauf hin, daß es noch nicht erörtert sei, ob der in dem Commissions-Berichte ausgesprochene Tadel, so wie das gespendete Lob ein gerechtes sei. Die Quelle der Aufregung zu stillen sei wünschenswerth und nothwendig, und dies dürfte am geeignetsten dadurch erreicht werden, daß man die Personen oder die Macht, die die Katastrophe herbeigeführt, von Leipzig entferne.

Der Kriegsminister v. Nostiz-Wallwitz erklärte, daß er, wenn die Leipziger Beschwerde zur Verathung komme, über Alles, was die militärische Macht betreffe, gern jeden Aufschluß zu geben bereit sei.

Der Abg. Oberländer bemerkte ebenfalls, daß Leidenschaftlichkeit da natürlich sei, wo eine Menge Bürger durch Gewalt der Waffen getödtet worden; das sächsische Volk sei in den Augen des Auslandes durch die in neuester Zeit erlassenen Bekanntmachungen des Ministeriums herabgesetzt, der Glanz der sächsischen Regierung durch diese Erlasse auf lange Zeit hinaus vernichtet worden; der Friede, der Herzensfriede werde zurückkehren, sobald die Regierung die Würde des Volkes erkenne. Staatsminister v. Könneritz äußerte, daß die Regierung bei anderer Gelegenheit sich darüber aussprechen werde, ob die Bekanntmachung vom 17. Juli nöthig gewesen; wenn man aber die Aufregung durch das unsichere und schwankende Benehmen der Regierung hervorgerufen, glaube, so meine er, daß gerade in dieser Bekanntmachung Unentschiedenheit eben nicht zu finden sei.

Der Abgeordnete Schaffrath nahm hierauf das Wort. Recht und Gerechtigkeit verlange Leipzig, mit dem Commissionsberichte sei nichts abgethan; Leidenschaft herrsche nicht nur auf der einen, sie herrsche auch auf der andern Seite. Nach einigen näheren Auslassungen in dieser Beziehung fuhr er fort: Leipzig habe sich wiedergefunden, es sei loyal; der

Minister spreche nur von dem Frevel, von den zehn Menschenleben spreche er nicht. Bei dieser Rede fand sich der Präsident veranlaßt, den Abgeordneten zur Mäßigung zu mahnen; der Staatsminister v. Könneritz verwahrte sich gegen den Vorwurf, als habe das Ministerium Blut vergossen, und der Minister v. Zeschau sprach aus: es möge darauf gesehen werden, daß wenigstens in der Kammer keine revolutionären Reden gehalten würden, denn als solche sei die Rede des Abg. Schaffrath anzusehen. Der Präsident erklärte auf diese Bemerkung, daß er seine Pflicht gethan zu haben glaube, dem Sprecher hinsichtlich der Form seiner Rede Mäßigung zu empfehlen, eine revolutionäre Tendenz aber könne er nicht erkennen, mithin habe er sich auch nicht veranlaßt gesehen, den Abgeordneten zur Ordnung zu verweisen.

Nachdem noch der Abg. Plagmann in sehr bewegter Rede sein Bedauern über den in Leipzig gegen den Prinzen Johann verübten Frevel, den er eine Niederträchtigkeit nannte, ausgesprochen, stellte der Abgeord. Brockhaus an den Kriegsminister eine Anfrage, von deren Beantwortung er Beruhigung erwartete, ob nämlich das Gerücht begründet, daß das Militär in Leipzig durch einen Tagesbefehl vom 8. Okt. über sein Verhalten am 12. Aug. belobt worden sei<sup>\*)</sup>. Der Minister versichert hierauf, er könne die Ueberzeugung des Abg. Brockhaus nur bestätigen, da dem Ministerium von einem solchen Tagesbefehle nichts bekannt sei. Aber die Ruhe und Ergebenheit der Offiziere während jener Tage anzuerkennen und die gemeine Mannschaft zu beloben wegen ihres freudigen Gehorsams, wegen der mancherlei Entbehrungen in den Kasernen und wegen ihrer Bereitwilligkeit, auf die erste Möglichkeit einer Einberufung vom Urlaub sich einzufinden, das werde allerdings von der Dienstpflicht des Kriegsministers geboten werden.

Nochmals nahm der Staatsminister v. Falkenstein das Wort und erklärte, daß auch er die unglücklichen Opfer des 12. August bedauere; auch sei die Theilnahme hiefür selbst in der allerhöchsten Antwort auf die erste Adresse ausgedrückt worden. Er glaube, daß es wesentlich zur Beruhigung beitragen werde, wenn jeder Einzelne in seinem Kreise dahin trachte, daß nur mit Wahrheit und Ruhe über diese Ereignisse gesprochen, daß das Gewebe von Unwahrheit aufgeklärt und falschen Gerüchten vorgebeugt werden möge, die durch Solche, die nicht die Ruhe, sondern die Unruhe wollten, erfunden und selbst durch die Presse verbreitet würden; er richte diese Worte nicht nur an die Kammer, sondern an das ganze Land. Nachdem noch die Abgg. Jani und v. Zeschau gesprochen, stellte der Abg. Joseph den Antrag auf Schließung der Debatte, und der Präsident gab dem Referenten Abg. Todt das Schlusswort. Dieser war der Ansicht, daß die Regierung die Aufregung in Leipzig ohne Gefahr durch einige Zugeständnisse zu beschwichtigen suchen dürfe, denn sie sei gegründet; es seien hier die ruhigsten und besonnensten Männer betheiliget, und er hoffe, daß sich Leipzig dann wiederfinden werde; man möge Gerechtigkeit üben gegen die Schuldigen, gegen Die, welche unschuldig Blut vergossen; nur dadurch, durch eine Sühne, könne Leipzig beruhigt werden. Er kam zugleich auf die Aeußerung des Staatsministers von Zeschau in Bezug auf die Schaffrathsche Rede zurück und gab zu, daß dieselbe in ihrer Form als verfehlt zu bezeichnen sein möchte, revolutionär aber nicht genannt werden könne.

Da der Staatsminister v. Zeschau bei der von ihm gebrauchten Bezeichnung dieser Rede beharrte, so erklärte auch der Präsident nochmals, daß er der Verpflichtung, die ihm die Landtagsordnung auferlege, nachgekommen zu sein glaube, indem er den Abgeordneten hinsichtlich der Form seiner Rede bittend zur Mäßigung ermahnt habe, daß er aber etwas Revolutionäres darin nicht gefunden, in welchem Fall er auch seine Pflicht gekannt und den Sprecher zur Ordnung gerufen haben würde. Der Staatsminister äußerte sein Bedauern darüber, diese Ansicht von Seiten des Präsidiums zu vernehmen, worauf der Präsident der Kammer bemerkte, daß er anders zu handeln sich nicht veranlaßt sehen könne und es ihm daher leid thue, wenn er sich in dieser Beziehung den Beifall des Herrn Ministers nicht zu erwerben vermöchte.

Hierauf wurde § 5 des Adressentwurfs angenommen und für die Fortsetzung der Verathung die nächste Sitzung, am 20. Oktober, bestimmt. (D. A. Z.)

Ueber die Verhandlungen der zweiten Kammer am 17. und 18. October schreibt uns ein Zuhörer:

\* Dresden, 19. Octbr. In der That sind noch nie so bewegte, so lebhaft Debatten zwischen Regierung und Ständen geführt worden, als an diesen beiden Tagen. Noch nie sind die Minister so hart angegriffen worden, als diesmal, und wir können es uns nicht verhehlen, noch nie fanden sie so wenige und so schwache Bertheidigung in der Mitte der Kammer. Ja, bei der Verathung über den Paragraph der Adresse, welcher die Leipziger Ereignisse betraf, verstummten alle mini-

sterielle Redner, und zwei, die das Wort ergriffen, von Zeschau und Jani, sprachen nicht für dasselbe. Der Geist, der jetzt die Kammer beseelt, zeigte sich übrigens gegen den Schluß der Sitzung am 18ten in einem Zwischenfalle. Der Minister v. Zeschau nannte bekanntlich die Rede Schaffraths revolutionär. Ganz dasselbe sagte er von Todts Rede über die Hannoverische Verfassungszerstörung im Jahre 1840. Damals nahm der Präsident (Dr. Haase) dem Redner das Wort, diesmal nahm der Präsident den Redner gegen den Minister in Schutz und begnügte sich mit einer Bitte an den Ersten. Tod mochte sich des ihm früher Widerfahrenen erinnern und sprach sich daher beim Schlussworte gegen jene Bezeichnung der Schaffrathschen Rede durch den Minister aus. Es konnte auch kein Unbefangener in dieser Rede etwas Revolutionäres finden und es war daher ein erhebendes Gefühl, die Redefreiheit durch Präsident Braun so vollständig gewahrt zu sehen. Die milden Worte der Adresse haben also einen sehr felsigen Hintergrund erhalten.

□ Leipzig, 20. Oktbr. Während ein Theil der hiesigen Communalgarde harten Tadel erfuhr, mußte es um so mehr überraschen, als man vernahm, daß dem hier stehenden, bei den bekanntesten Ereignissen theilhaftigen Militär (Schützen) eine besondere Belobigung erteilt worden sei. Der Kriegsminister hat auf Befragen in der Kammer seine Mitwisserschaft abgelehnt. Die betreffende Belobigung, die ich so eben handschriftlich erhalten, lautet: „Tagesbefehl. Leipzig, den 8. Okt. 1845. Der Brigadier hat bis jetzt Anstand genommen, sich über das Verhalten der Offiziere und der Mannschaft der leichten Infanterie bei den hier am 12. August und folgenden Tagen stattgehabten Vorfällen auszusprechen, weil ihm wohl bewußt, daß noch eine fort-dauernde Anstrengung im Dienste und eine nur dem gut disciplinirten Soldaten eigene Haltung fortdauernd erforderlich war, um in einer durch Meinungsverschiedenheit bewegten Zeit diejenige Würde zu beweisen, welche allein in der strengen Pflichterfüllung ihren Ursprung findet. Die zur Herstellung der Ruhe und Ordnung am 12. Aug. aufgeförderte bewaffnete Macht hat den Befehlen nach gehandelt; sie schützte einen Fürsten, der im Bewußtsein der Erfüllung seines übernommenen Berufs eine Behandlung erlitt, die er nicht ahnen konnte. Alle später hervorgesuchten Mittel, die Truppe zu entwürden, sind fruchtlos geblieben, weil die dem Soldaten gewordene innere Ueberzeugung, nur das gethan zu haben, was Gesetz und Pflicht fordern, über die Verleumdungen Einzeler erhaben ist. Die hohe Staatsregierung ist mit dem Benehmen der mir untergebenen Truppe zufrieden. Dankbar erkenne ich an, was mir von den Herren Offizieren und Unteroffizieren und der Mannschaft, jedes nach seinem Wirkungskreise, wesentlich geleistet worden ist; es hat sich in jedem Grade eine Folgsamkeit gezeigt, die der Vorgesetzte nicht besser fordern konnte. Die Besonnenheit, das richtige Benehmen, die jeden rechtschaffenen Krieger auszeichnen sollen, und der treffliche Geist, der die Truppe beseelt, werden Sr. Maj. dem König auch für die Zukunft eine sichere Bürgschaft für das ordnungsmäßige Verhalten der leichten Infanterie sein, es wird damit allen durch Parteilichkeit entspringenden Reibungen begegnet und endlich alle Meinungsäußerung über die stattgehabten Vorgänge von Seiten der Soldaten vermieden werden. — August v. Buttlar.“

Frankfurt, 14. Oktober. Ueberall hört man übrigens, wie entschieden die Sympathien des Volks für Ronge sind, wozu einzelne feindselige, ja bedrohliche Demonstrationen einen desto grolleren Contrast machen. So neulich in Estrich im Rheingau, dessen Bevölkerung durch ihren Fanatismus bekannt ist. Als am letzten Sonntag dort das Dampfboot anlegte, glaubten einige Personen in einem, neben v. Hstern stehenden Mann Ronge zu erkennen. Flugs hatte sich ein Pöbelhaufen zusammengerotet, der mit Knütteln und Steinen dem Reformator einen Empfang zubachte; glücklicher Weise wurde der Irrthum noch zur rechten Zeit berichtigt. (Bremer Z.)

München, 16. Oktober. Eine königl. Verfügung eröffnet für unsern gesammten Lehrstand an den lateinischen Schulen, Gymnasien und Lyceen eine erfreuliche Aussicht, indem denselben durch diese je nach sechs Jahren eine Gehaltszulage von 100 Fl. verheissen wird, d. h. für den Gesamtzeitraum von 18 Jahren. Dadurch können die Lehrer der genannten Anstalten im Verlauf einer achtzehnjährigen Dienstzeit einen Gehalt von 900 Fl., 1000 Fl. und 1100 Fl. erreichen.

Stuttgart, 16. Okt. Die Sendung des preussischen Konsistorialraths Sneathlage bezweckt eine Vereinbarung der protestantischen Regierungen Deutschlands, zunächst zur Sicherstellung der Rechte der Protestanten gegen Beeinträchtigung und Uebergriffe. Wenn wir gut unterrichtet sind, so ist der Antrieb dazu

<sup>\*)</sup> Siehe unten einen Tagesbefehl vom 8. Oktober in dem Schreiben aus Leipzig. Red.

bereits vor Jahr und Tag gegeben worden von einem protestantischen Fürsten Süddeutschlands, der mit richtigem Blick die Misklichkeit der Lage gewürdigt und zugleich erkannt hat, daß nur durch Vereinigung der Betheiligten die Sache das gehörige Gewicht bekommen könne. Seitdem diese Sache zuerst angeregt wurde, hat die schnelle Entwicklung der religiösen Bewegung diese Voraussicht nur zu sehr gerechtfertigt. Es kann nun nicht mehr davon die Rede sein, sie ignoriren zu wollen. Die Regierungen beider christlicher Hauptbekenntnisse befinden sich Emanzipationsforderungen gegenüber, welche es ihnen nahe legen, in gleicher Weise darauf bedacht zu sein, den kirchlichen Befugnissen ihr Recht zu gewahren, und ihre *jura circa sacra* zu wahren. Bekanntlich betrachtet und behandelt die deutsche Präsidialmacht diese Angelegenheit vom politischen Standpunkte aus, und in diesem Sinne dürfen wir ohne Zweifel Eröffnungen entgegensehen. Gewiß berechtigt dazu die Haltung der politischen Parteien bei den neuesten Vorgängen. Bei der Eingangs erwähnten Umfrage wird man vorzugsweise den konfessionellen Standpunkt im Auge behalten, denn man muß nun eine Stellung nehmen gegenüber dem scharf aufgetretenen Widerspruch im Protestantismus und außerhalb desselben. Es ist gewiß hohe Zeit, daß in dieser Sache umsichtig, gerecht, aber auch zuverlässig Bescheid erteilt werde, denn wir sehen alle Tage mehr, wie sehr man von mehreren Seiten geneigt ist, jede Ungewißheit zu mißbrauchen.

(Münb. Cor.)

**Wiesbaden, 14. Oktober.** Das neueste Verordnungsblatt vom 11. Oktober bringt den zwischen dem Herzogthum, dem Königreich Preußen und dem Großherzogthum Hessen abgeschlossenen Vertrag zur Schiffbarmachung der Lahn zur öffentlichen Kenntniß. Man macht sich in unserem Lande wenig Hoffnungen von diesem Vertrage, fürchtet vielmehr, daß die Hunderttausende, welche zur Erfüllung der eingegangenen Verbindlichkeiten erforderlich sind, schlechte Zinsen tragen werden.

**Lübeck, 16. Okt.** Es ist kürzlich bei dem Ober-Appellationsgerichte der vier freien Städte eine Entscheidung ergangen, welche eine kleine Aenderung der neuesten Karten von Deutschland nöthig macht. Es finden sich nämlich unter andern auf der Stieler'schen Karte im erzgebirgischen Kreise des Königreichs Sachsen großherzogliche Enclaven verzeichnet. Diese Enclaven sind Pertinenzstücke eines im ehemaligen neustädter Kreise des Königreichs Sachsen belegenen Ritterguts. Als nun der neustädter Kreis durch den Vertrag vom 18. Mai 1815 von Sachsen an Preußen, und von diesem Staate später an Sachsen-Weimar abgetreten war, entstanden Zweifel darüber, ob jene Pertinenzstücke ebenfalls von Sachsen abgetreten seien, Zweifel, die theils aus einer verschiedenen Auslegung der Grenzbestimmung im Vertrage vom 18. Mai 1815, theils aus der Ungewißheit darüber entspringen, ob die gedachten Pertinenzstücke früher als Theile des erzgebirgischen oder des neustädter Kreises betrachtet worden seien. Nach jahrelangen Verhandlungen zwischen den beiden sächsischen Regierungen überwiesen dieselben diese streitige Frage der schiedsrichterlichen Entscheidung des obgedachten höchsten Gerichts, und diese ist vor Kurzem zu Gunsten des Königreichs Sachsen erfolgt. Es werden sonach die gedachten Stücke, nämlich die Dorfschaften Stöcken und Waldhülsen und der sog. große und kleine Wald auf den Karten von Deutschland nicht ferner als sachsen-weimarsche Enclaven zu bezeichnen sein.

### O e s t e r r e i c h .

**Aus Oesterreich, 12. Oktober.** Man nimmt mit ziemlicher Befriedigung wahr, daß der neu ernannte Obercensor der hiesigen Journale, Regierungs-rath Deinhardstein, sein Amt in so fern mit anerkennenswerther Liberalität handhabt, als früher manche Stellen nicht stehen geblieben wären, während sie jetzt unangefochten durchgehen. Stadtsneuigkeiten dürfen nur mit größter Behutsamkeit und Auswahl mitgetheilt, Comunal-Interessen kaum berührt werden; all dies hat sich jetzt gebessert; ich sage nicht: vom Grunde aus gebessert; allein es ist Hoffnung vorhanden, daß der moderne Begriff der Presse allmählich beim Volke Wurzel fassen und den Machhabern als eine nicht füglich zu umgehende Nothwendigkeit sich darstellen werde. Das seit dem 1. Oktober neu erscheinende Journal „die Gegenwart“ hat sich, nachdem die ersten Nummern ziemlich schwach erschienen, wieder mit Erfolg gehoben, indem es an den neuen Ton die Besprechung lokaler Interessen mit Erfolg anknüpfte. Man betrachtet die graduelle Entfesselung unserer Presse als eine indirekte Antwort auf die Pressepétition. Derselben wird wohl kaum ein offener, lesbare Bescheid zu Theil werden; allein man dürfte sich entschließen, durch die That zu antworten, so weit es nämlich das hier immer noch hoch oben herrschende Conservativprincip gestattet. — Bei Gelegenheit der Verfügung der österreichischen Regierung über die Passverhältnisse der Preußen möge folgende Erzählung, welche in Wien selbst durchaus kein Geheimniß ist, eingereicht werden: Die Gesellschaft zur Kunde des Morgenlandes hatte sich an Herrn v. Hammer mit der Bitte gewandt, den Vorsitz zu übernehmen

und weiter, das Protektorat Oesterreichs dafür zu erwirken. Der alte, aber dennoch geisteskräftige, berühmte Gelehrte lehnte zwar die ihm angetragene Ehre sofort ab, that aber auch sogleich die nöthigen Schritte bei dem Staatskanzler, Fürsten v. Metternich. Er stellte ihm vor, wie gerade Wien vorzugsweise geeignet sei, ein Mittelpunkt für orientalische Studien zu sein, und wie er (Hammer) die Sache nur besüßworten könne; es leite ihn dabei um so weniger ein persönlicher Beweggrund, als er den ihm angetragenen Vorstoß bereits abgelehnt habe. Der Fürst hörte ihn an und trug ihm auf, die Sache schriftlich vorzutragen. Dies geschah alsbald, aber — es erfolgte kein Bescheid. Hammer, welcher indeß gern zum Ziele gelangen wollte, wandte sich an den Chef der Finanzverwaltung, damit dieser die Sache zum Abschluß brächte. Der angegangene hohe Beamte willfahrte auch und brachte das Ganze in Verbindung mit der auf Staatskosten angelegten Druckerei für orientalische Werke. Der Fürst forderte auch den Minister zur Einreichung eines schriftlichen Vortrags auf, was derselbe, nach Besprechung mit Hrn. v. Hammer, auch that. Aber — die Angelegenheit blieb abermals liegen. Später hatte v. Hammer endlich Gelegenheit, seine neue chinesische Grammatik dem Fürsten Staatskanzler zu überreichen und die Sache wiederum zur Sprache zu bringen. Da habe denn (einem Wiener Berichterstatter zufolge) Se. Durchlaucht geantwortet, daß er auf den Plan nicht eingehen könne, weil Oesterreich seine einmal angenommene Stellung auch hierin nicht verlassen könne. Was ihn (den Fürsten) betreffe, so sei er für die bis jetzt behauptete Stellung, und er hoffe, seine Ansichten auch zu vererben. So erzählte ein achtbarer österreichischer Schriftsteller, welcher gleichfalls über das Zustandekommen der vielerwähnten Beschwerde der österreichischen Schriftsteller gegen die Ausübung der Censur Mittheilung machte. Man habe nämlich die Zurückführung der Censur auf die Vorschriften aus dem Jahre 1810 gewollt, und mit Unterstützung einer von Bauernfeld früher herausgegebenen desfallsigen Schrift die Eingabe gearbeitet und unterzeichnen lassen. Um aber der Bitte einen Halt zu geben, wandte sich der Ausschuß der Schriftsteller an zwei Erzherzöge und an den Minister des Innern. Der Letztere nahm auch den Antrag wohlgefällig an, ja, man kam sogar über einen Hinderungspunkt glücklich hinweg. In Oesterreich ist nämlich die Einreichung von Gesamt-Bittschriften verboten, weswegen man sich dergestalt half, daß man die von so Vielen unterzeichnete eigentliche Beschwerdeschrift nur als Beilage zu der von Wenigen unterschriebenen Vorstellung hinzufügte. Der Erfolg dieser Bittschrift ist übrigens bekannt. (Köln. Z.)

**Zinsbruck, 15. Okt.** Ganz unerwartet traf heute Vormittag um halb 10 Uhr Se. Maj. der Kaiser von Rußland im strengsten Incognito, ohne alles Gefolge, hier ein, und setzte seine Reise, nach einem kaum halbstündigen Aufenthalt im Gasthose zur Sonne, auf der Straße nach Italien fort. (A. Z.)

**+ Pesth, 12. Octbr.** Auf dem letzten Reichstage ist der Gesetzesvorschlag mit Königl. Sanction zum Gesetze erhoben worden, vermöge dessen die Nichtadeligen gesetlich befähigt wurden, Comitats- und Staatsämter zu bekleiden; aber schon ist eine geraume Zeit darüber hingegangen, und noch ist kein Beispiel einer solchen Amtsbeleidung eines Nichtadeligen vorgekommen. Während nun auf der einen Seite die nothwendigsten Reformen von einem Reichstage zum andern verschoben werden, können wieder auf der andern selbst die bestimmeten Gesetzkartikel nicht zur Ausführung kommen! Denn wenn auch das beregte Gesetz nicht sagt, daß Nichtadelige zu den Comitats- und Staatsämtern berufen werden müssen, so kann es doch keinem Zweifel unterliegen, daß unter der nichtadeligen Bevölkerung sich wol Einer und der Andere finden, welche in der ungeheuern Beamtenkette vom Palatin bis zum Castellan eines Comitatsauses herab irgend ein ausgefallenes Glied würdig ersetzen könnten und würden, wenn ihnen nicht auch jetzt noch Hindernisse im Wege ständen, welche das papierne Gesetz nicht beseitigt hatte. Wenn nun diejenigen Comitatsämter, welche von den adeligen Wählern allein abhängen, den Nichtadeligen auch jetzt noch faktisch verschlossen bleiben, so kann dies nicht befremden. Diese Ämter müssen von dem Bauernadel erkauf werden; soll nun der Bürgerliche, der seine Ansprüche nur auf persönliche Würdigkeit gründen kann, mit den adeligen Candidaten im Kostenaufwande wetteifern? Soll er ebenso wie diese in förmlichen Wähler-schlachten unter blutigen Erzessen das Amt sich erstiegen? Zudem würde der Bauernadel doch nicht leicht einen Bürgerlichen wählen, was von der Denkweise dieser Leute auch nicht anders zu erwarten ist. Es gibt aber auch minder bedeutsame Comitatsämter, welche der wählende Adel dem neugewählten Magistrat zur weiteren Besetzung überläßt; aber auch ein solches Amt ist noch an keinen Nichtadeligen erteilt worden. Hierdurch zeigt nun unser Adel, wie wenig es ihm mit jenem Gesetze Ernst gewesen und bestätigt aufs Neue die bereits vielfach gemachte Erfahrung, daß er nur mit Worten und auf dem Papiere liberal sein will, in der That aber stets der alte bleibt. Das einzige Comitatsamt,

zu welchem die Regierung selbst beruft, ist das des Obergespans, und obgleich unter den vielen Obergespänen und Administratoren, welche in der letzten Zeit neu creirt worden, sich kein einziger Nichtadeliger befindet, so scheint doch der Vorwurf, den Viele daraus der Regierung machen wollen, nicht gegründet zu sein. Man bemerkt zwar mit Recht, daß die Obergespäne und Administratoren ihre Aufgabe, deren volle Lösung die Regierung erst in der letzten Zeit mit allem Nachdruck urgirt hat, erst dann leicht erfüllen könnten, wenn sie aus den Nichtadeligen gewählt würden. Denn die adeligen Herren gehören selbst einer Partei an, sie haben als solche in dem betreffenden Comitats einen größeren oder geringeren Anhang unter dem Adel; mit ihrer Erhebung zu diesem hohen Amte wird also auch nothwendigerweise ihre Partei mächtiger, so daß, wie bereits Beispiele vorliegen, die Parteistreitigkeiten, anstatt durch die Obergespäne und Administratoren dem Willen der Regierung gemäß in den gesetzlichen Schranken gehalten zu werden, nur um so anarchischer sich erheben. Hingegen würden nichtadelige Obergespäne und Administratoren ihre frühere Unparteilichkeit sich auch ferner bewahren können und so das Gesetz zur Herrschaft über die Parteien bringen, sie könnten der Verfassungsurkunde gemäß als die Moderatoren comitatum im vollen Sinne des Wortes dastehen. Es läßt sich aber andererseits auch nicht in Abrede stellen, daß die Abneigung der Comitats gegen die neue Stellung der Obergespäne und Administratoren nur aufs höchste gesteigert werden müßte, wenn diese aus den Nichtadeligen genommen würden. Auffallender könnte es erscheinen, daß der Einfluß des neuen Gesetzes auch in der Sphäre der Staatsämter sich noch nicht bemerklich gemacht hat. Man würde aber irren, wenn man dies mit der ähnlichen Erscheinung in andern Staaten erklären wollte, wo die Könige durch Bevorzugung des Adels ihren Thron zu befestigen glauben. In Ungarn hat die Regierung schon längst die Ueberzeugung gewonnen, daß der Thron, wenn von irgendher, eben nur von dem Adel bedroht würde, und sie sieht bei der Vertheilung der Staatsämter mehr auf die wirkliche Befähigung, welche sich natürlich in den Adeligen, die schon von Jugend an politisch agiren, ihr leichter bemerklich macht, als in den von aller politischen Thätigkeit bisher entfernt gewesenem Nichtadeligen. Es ist aber auch noch ein anderes Moment hierbei wirksam. Es muß nämlich der Regierung daran gelegen sein, einflußreiche Parteimänner durch Verleihung von Staatsämtern an dieselben in ihr Interesse zu ziehen, unter welchen Männern aber bis jetzt kein Nichtadeliger sein konnte. Daher wird es auch nicht leicht einen andern Staat geben, in welchem so viele liberale Elemente in der höhern Beamtenwelt vertheilt wären, als in Ungarn.

### G r o ß b r i t a n n i e n .

**London, 15. Oktober.** Während die Augsb. Allg. Ztg. darüber klagt, daß auf dem Karlsruher Zollcongresse zu wenig für die Interessen des Prohibitiv-Systems erlangt sei, machen unsere Blätter unserer Regierung Vorwürfe darüber, daß sie dem Zollvereine nicht genug entgegen gekommen sei. Wollte man den deutschen Staaten mit Recht zu verstehen geben, daß Ackerbau ihr natürlicher Reichthum sei, so sollte man ihnen wenigstens unsere Märkte für ihre Naturprodukte eröffnen. Erst dann würde die Plusmacherei der deutschen Fabrikanten (in England legen sie sich wohl aufs Minusmachen?) von selbst zusammenfallen, wobei Deutschland und England nur gewinnen könnte.

Se. Exc. der k. preussische Gesandte, wirkliche Geh. R. Bunsen, ist vorgestern Abend zu einem Besuch bei S. M. in Windsor eingetroffen. — Die „M. Post“ führt die Namen von sechs Geistlichen, Mitgliedern der Universität, auf, welche in den letzten Tagen zum Katholizismus übergetreten sind, und fügt hinzu, daß sich noch andere dortige Geistliche und Mitglieder der Universität auf denselben Schritt vorbereiten.

Der „Globe“ sagt, daß Irland einem Zustande entgegengehe, welcher die Herzen der Engländer lebhafter erschüttern wird, als die Kämpfe der dortigen Parteien und die Verleghenheiten, mit denen die Regierung von geheimen Intriguen oder offener Gewalt sich umgeben sieht. Die Kartoffelkrankheit habe in weit größerer Ausdehnung als in England das Hauptnahrungsmittel der irischen Bauern getroffen und (wie bereits erwähnt) furchtbare Verwüstungen angerichtet. Dieser Zustand der Dinge verdient die ernsthafteste und energischste Hilfe, denn welcher schrecklicher Winter steht den irischen Armen bevor, da ihre einzige Habe, die Kartoffel, miserathen. Das Elend der kleineren Landbauer und Pächter ist gar nicht zu ermessen, ein Hungerjahr mit allen seinen schrecklichen Folgen steht in Aussicht, und was auch die Regierung zur Linderung der Noth thun möge; das Uebel wird doch immer furchtbar genug bleiben.

Mit einer Beilage.

# Beilage zu No 248 der Breslauer Zeitung.

Donnerstag den 23. Oktober 1845.

## Frankreich.

**\*\* Paris, 16. Oktober.** Die Angelegenheit des Marschalls Bugeaud wird wahrhaft dramatisch und man verliert darüber beinahe das ganze Algier und Marokko, Bu Maza, Bu Hamed und Abdel Kader aus den Augen. Dem gestern mitgetheilten Schreiben vom 8. an den Courrier de Marseille ist ein zweites vom 11. an den Semaphore von Marseille gefolgt, das eigentlich dasselbe sagen soll, aber doch viel mehr sagt, denn es erklärt das in dem Conservateur de la Dordogne erschienene Schreiben für einen sehr unrichtigen Extrakt und nimmt den Präfekten mit alten Freundschaftsversicherungen u. auffällig in Schutz. „Offensbare Indiscretion übelwollender Personen“ soll, ohne Wissen des Präfekten, den Brief der Deffentlichkeit übergeben haben. Die Meinung einiger Zeitungen, daß diese Schreiben des Marschalls eine mit dem Ministerium verabredete Sache seien, um zunächst den Marschall Bugeaud und dann auch den Präfekten der Dordogne aus einer peniblen Lage zu reißen, mag nicht ohne Grund sein. Der Herzog vom Isly scheint seine Haut glücklich salvirt zu haben und ist außerdem wieder in Afrika, wo er den kleinen Souverain spielt und sich um die Pariser Zeitungen wenig kümmert. Ob sein Sündenbock, der Hr. v. Marcellac, auch so glücklich aus der Farce herauskommen werde, muß sich bald ergeben. Der Moniteur Algérien vom 10 ist hier angelangt, enthält aber im Allgemeinen nur Nachrichten über Truppenbewegungen, die ohne ganz genaue Handkarten unverständlich sind. Bu Hamed hat bei der Annäherung des Gen. Lamoricière die Blokade von Lin Timuschen aufgegeben und sich Abdel Kader angeschlossen! der selbst über die Tafna zurückgegangen zu sein scheint. Der Gen. Cavaignac eilte der kleinen Stadt Nedroma zu Hülfe, welche von den Truppen Abdel Kaders eingeschlossen war. Schon im Jahre 1842 hat sich dieser kleine Ort mit seiner sehr schwachen Befestigung muthig gegen einen Anfall des Emirs vertheidigt. Die Kabylen in der Gegend von Dellys sollen Bu Maza eine Deputation gesendet und ihm ihre Freundschaft zugesagt haben, so daß also der Aufbruch immer weiter um sich greift. Die France Algérienne erzählt folgenden Charakterzug aus der Katastrophe am Marabut Sidi Ibrahim, oder wie man wahrscheinlich richtiger schreiben muß, Sidi Ibrahim. Abdel Kader hatte, da die in dem Marabut eingeschlossene Mannschaft sich beharrlich zu kapituliren weigerte, den Kapitän Dutretre vom 8. Jägerregiment, welchen er zum Gefangenen gemacht, an dieselben mit dem Auftrage abgeordnet, die Franzosen zur Uebergabe aufzufordern, wobei Abdel Kader dem Kapitän sogleich erklärte, daß, wenn er seinen Auftrag nicht ausrichte, oder derselbe keinen Erfolg habe, sein Kopf dafür büßen werde. Der Kapitän ward an den Marabut geführt und rief, trotz aller Drohungen Abdel Kaders, seinen Landsleuten zu: „Legt die Waffen nicht nieder, laßt uns lieber, wenn es nöthig ist, alle bis auf den letzten Mann sterben!“ Abdel Kader hielt sein Wort. Der Kapitän ward enthauptet.—Die Epöque enthält eine abenteuerliche Mittheilung aus Draen. Der Abbé Creusat, katholischer Pfarrer in Mascara, ist nämlich in seinem religiösen Eifer zu Abdel Kader abgereist, um denselben zur katholischen Kirche zu bekehren. Kein Abmahnen des Bischofs und des General-Gouverneurs hat gefruchtet. Abgesehen von der persönlichen Gefahr, welcher sich der Abbé ganz nutzlos aussetzt, ist auch zu fürchten, daß diese Missionswandlung, die in den Augen der Araber als eine politische Sendung erscheinen muß, einen sehr ungünstigen Eindruck macht.—Die Nachrichten aus Madrid melden, daß der Espectador und das Eco del Comercio wegen bitterer Artikel über die Absetzung des Gerichtspräsidenten, unter dem die ehemaligen 3 Cortesmitglieder freigesprochen wurden, mit Beschlag belegt worden sind. Der General Nazaredo ist nach Paris gesendet worden, um sich die hiesigen Festungswerke anzusehen, nach deren Muster der General Narvaez auch Madrid einzubauen beabsichtigt.

## Belgien.

**Brüssel, 16. Oktober.** Brüssel zählt mehrere politische Flüchtlinge, die hier ruhig und unangefochten leben. Die Regierung hat das Asyl nicht zu bereuen, was so Viele hier gefunden haben, da die meisten politischen Flüchtlinge sich fern von Allem halten, was ihre Stellung hier gefährden könnte. Ausweisungen haben nicht den Erfolg, den man von ihnen erwartet, dies hat die französische Regierung jetzt erfahren. Obgleich sie Herrn von Bornstedt ausgewiesen, schreibt derselbe noch immer seine Lettres de Londres in der France und seine Correspondenzen in der Rhein- und Moselzeitung, die sich durch eine Animosität gegen die Orleans-Dynastie charakterisiren, beweisen, daß er kein Bedenken trägt, von hier aus seine Uebersetzung auszusprechen. Die Kammern haben in der letz-

ten Session wieder um ein Jahr das Recht der Regierung verlängert, einen Fremden beliebig auszuweisen. Da dieses Ausweisungsrecht aber den Bestimmungen der Constitution zuwiderläuft und nur in der exceptionellen Lage des Landes in dem letzten Jahrzehnt seine Entschuldigung finden mag, so wird die Kammer wohl endlich jene Ausnahmsbestimmungen zurücknehmen, da die Gesetze ausreichen und wir keiner außerordentlichen bedürfen. (Nachener Z.)

Der Gouverneur von Brabant hat die Communal-Verwaltungen der Provinz aufgefordert, eine strenge und beständige Aufsicht auf den Märkten und bei den Handelstreibenden auszuüben, um den Verkauf der Nahrungsmittel von schlechter Eigenschaft zu verhindern und die Urheber solcher Vergehen vor den Gerichten verfolgen zu lassen. Es scheint, sagt der Gouverneur in seinem Rundschreiben, daß starke Partien beschädigter Hülsenfrüchte, wie Erbsen, Bohnen, Linsen u. c., in den benachbarten Ländern angekauft worden sind, um in Belgien eingeführt zu werden. Da der Genuß solcher Lebensmittel der Gesundheit der Einwohner schädlich sein könnte, so ist daran gelegen, daß die Behörden ihre Wachsamkeit verdoppeln. — Seit einigen Tagen gehen Commissäre des Central-Wohlthätigkeits-Bureau's der Stadt Brüssel, begleitet von Polizei-Agenten, von Haus zu Haus, um die Arbeiter und alle Personen zu zählen, die in der Lage sind, was die Nahrungsmittel betrifft, unterstützt werden zu müssen.

## Lokales und Provinzielles.

**\* Breslau, 22. Oktober.** Gestern Abend ist der Herr Ober-Präsident von Schlesien, v. Wedell, wieder hier angekommen.

**\*\* Breslau, 22. Oktober.** Im Verlage von Eduard Trewendt erschien dieser Tage das Portrait Anton Theiners, von der kunstfertigen Hand Jausig's gezeichnet. Wir können das Bild unbedingt empfehlen: Auffassung wie Ausführung sind meisterhaft.

## Musikalisches.

Unsere Zeit wird vorzugsweise eine „Zeit des Fortschrittes und der Aufklärung“ genannt. So sehr der Einsichtsvolle, der Unbefangene geneigt ist, ihr dies in jener Bezeichnung ihr zugesprochene Verdienst in vielen, wesentlichen Punkten einzuräumen, so wenig vermag er andererseits der Zweifel sich zu erwehren, ob jener „Fortschritt“, jene „Aufklärung“ auch wirklich auf alle Manifestationen und Sphären des Lebens, auf alle menschlichen Bestrebungen und Richtungen sich erstrecken. Ein nur flüchtiger Hinblick z. B. auf das musikalische Leben und Treiben, respectue auf die Kunstzustände der Gegenwart im Allgemeinen, laßt jene Zweifel nur allzu gerechtfertigt erscheinen. Es ist nämlich nicht in Abrede zu stellen, daß — namentlich in letzter Beziehung — zur Zeit theils eine, oft in völlige Apathie ausgeartete Gleichgültigkeit und Unzugänglichkeit für künstlerische Interessen überhaupt, theils eine Verflachung des Geschmacks, eine Lust und Genüge am Mittelmäßigen, innerlich Leeren und Trivialen beim größeren Publikum Fuß gefaßt hat, welche kaum einen gesunden, offenen, viel weniger einen geläuterten, aufgeklärteren Sinn für das Gediegene und Edle verrathen, und eben auf keinen „Fortschritt“, wo nicht gar auf einen offensbaren Rückschritt hindeuten.

Daß man auch hiesigen Orts den mancherlei darauf hinwirkenden, in der Ueberhandnahme des Virtuositenthums, des Dilettantismus, wie des Italianismus u. c. beruhenden Einflüssen sich nicht zu entziehen vermochte, daß auch auf Breslau jene durch tägliche Erfahrung und Wahrnehmung vielfach bestätigte Behauptung mehr oder weniger Anwendung findet, stehen wir bei der Nähe und Leichtigkeit der Beweise nicht an, hiemit unumwunden auszusprechen.

Unter so bewandten Umständen und von diesem Gesichtspuncte aus verdienen Bestrebungen, welche jener, mit völliger Verwilderung bedrohenden Geschmacksrichtung einen kräftigen Damm entgegenzustellen beabsichtigen, und die ihrer Natur und ihren Produktionen nach sich zur wirklichen Lösung solcher Aufgabe besonders geeignet erweisen, doppelte Anerkennung, und müssen die volle Theilnahme und Aufmerksamkeit der wahren Kunstfreunde in Anspruch nehmen.

Als ein derartiges, dem eben angedeuteten Zweck mit gewidmetes Unternehmen dürfen föhlich die in diesen Blättern bereits wiederholt angekündigten „Kunstler-Berein-Konzerte“ bezeichnet werden, die nach den vorläufig darüber gegebenen allgemeinen Andeutungen eine so gediegene als mannigfache Auswahl erwarten lassen, und denen einstweilen diese allgemeinen Bemerkungen zu widmen wir uns im Interesse der Kunstgedrungen föhlen.

Das uns vorliegende Programm stellt Symphonien von Haydn, Mozart (C-dur, D-dur); Beethoven (Pastoral-Symph. — D-dur, A-dur), F. Schubert und von A. Hesse, ferner an Konzerten Beethovens unvergleichliches Clavier-Konzert in G-dur, dessen Violin-Konzert (D-dur), ferner ein neues Violin-Konzert von F. Mendelssohn-Bartholdy u. a. m. in Aussicht; außerdem noch die Ouvertüren zu „Fessonda“ von Spöhr, zu „Medea“ und dem „Wasserträger“ von Cherubini, „Meeresstille“ u. c. von F. Mendelssohn und zu „Semiramis“ von Gatal darin aufgezichnet.

Bei der allgemein voranzuzugenden, vollkommenen Erkenntniß und Durchdrungenheit von der Höhe der gestellten Aufgabe und bei dem gewiß in Allen lebendigen Bewußtsein der Kunstfrucht, welche man zu repräsentiren übernommen, läßt sich erwarten, daß auf möglichst vollkommene Ausführung, auf nicht bloß Korrekten, sondern auch geistig belebten Vortrag von Seiten der betreffenden Mitglieder des Vereins werde die gehörige Sorgfalt verwendet werden.

Schließlich können wir nicht umhin, noch eines Umstandes zu gedenken, der auf das fernere Gedeihen der Unternehmung in jeder Hinsicht einen wesentlichen Einfluß ausüben dürfte: indem wir nämlich den Wunsch aussprechen, daß es der Direktion der u. c. Konzerte gelingen möge, fortan auch Gesangkräfte zu zeitweiliger Mitwirkung herbeizuziehen, und es ihr dadurch möglich werde, in der Folge Instrumentalsätze mit Gesangsvorträgen abwechseln zu lassen, wozu theils Piecen aus gar nicht oder seltener aufgeführten Opern, z. B. „Idomeneus“ von Mozart, „Phigenia in Aulis“ von Gluck, „Medea“ von Cherubini, theils solche, der Bühne überhaupt nicht zugängliche, eigens für den Konzervortrag berechnete Compositionen, z. B. Beethovens große Scene für Sopran, das große Terzett für Sopran, Tenor und Bass, von demselben Komponisten, dessen „Schottische Lieder“, die „schottischen Lieder“ von C. M. v. Weber, die größeren Fr. Schubertschen Gesänge u. c. benutzt werden könnten.

Dadurch würde dem Programm eine größere Mannigfaltigkeit verliehen und die Monotonie vermieden werden, welche die Aufeinanderfolge von lauter, wenn auch noch so vorzüglich exekutirten Instrumentalsätzen zuweilen nothwendig nach sich ziehen muß. C. K.

**Δ Brieg, 21. Oktober.** Wieder eine Monatschrift, und, wer sollte es glauben, eine illustrierte, in Brieg eine illustrierte Monatschrift, genannt „Die Laterne“, redigirt unter Verantwortlichkeit der Faltschen Buchdruckerei. Unsere provinzielle periodische Literatur macht zusehends Fortschritte, freilich in einer Weise, welche nicht ursprünglich in ihrer Bestimmung liegt. Der Journalismus ist an den Tag gewiesen; er soll alltäglich aus dem alten Stamme neue Blätter treiben. Da nun aber unser Klima noch etwas wintertlicher Natur ist, so bringt es auch nur Monatsfrüchte hervor. Wir haben seit der Zeit besonders, wo die religiöse Bewegung ihren Anfang nahm, mehrere Monatschriften entstehen sehen, die freilich meistentheils noch die Spuren der Jugendllichkeit an sich tragen. Diese ist auch bei der „Laterne“ nicht zu verkennen. Da sie keinen Prospektus veröffentlicht, so kann man ihre Tendenz nur errathen. Hiernach scheint sie sich die Aufgabe gestellt zu haben, durch kleine aus dem Leben gegriffene Erzählungen, Erfahrungssätze, belehren, und durch Bonmots ergözen zu wollen. Die zu einzelnen Piecen gelieferten Illustrationen verrathen zwar keinen Hogartschen Stilt, sind jedoch hin und wieder nicht ohne charakteristische Auffassung.

## Mannigfaltiges.

(Berlin.) Am 20. October Nachmittags um 5 Uhr brach im Königl. Schlosse Feuer in einem Schornsteine aus, indeß war die Hülfe so schnell zur Stelle, daß die Gefahr bald vorüber war.

(Bernkastel.) Während am Niederrheine dauerhaft schönes Wetter waltet, fällt hier, an der oberen Mosel, ungeheurer Regen, so daß der Fluß hoch über die Ufer getreten, wüthen anhaltende Stürme, die hier unter andern die Schiffbrücke zertrümmerten und den Verkehr beider Ufer sehr erschwerten. Hier und da will man sogar Erderschütterungen im Gebirge bemerkt haben, die ihre beängstigenden Wellen über Eifel und Hunsrück bis an der Rhein getrieben, unter andern in St. Goar beobachtet worden sind. Die Gelehrten sind längst darüber einig: daß die Eisfelle, wenigstens viele ihrer Kuppen vulkanischen Ursprungs sind, daß ihre Seen ehemals Krater gewesen, somit läge der Gedanke nicht fern, daß sich die seit Jahrtausenden eingeschlummerte Kraft wieder einmal geregt habe, ein Gedanke, der bei vielen bis zur Furcht übergeht, daß diese Kraft wieder besorgliche Umwälzungen hervorbringen könnte. Unsere Zeloten bringen natürlich die religiösen

Bewegungen mit ins Spiel und behaupten, unser Herrgott wolle jetzt die Welt zusammenfallen lassen...

(Paris.) Ferney, Voltaire's Mufenstz, sollte verkauft werden. Der Ausruf war 600,000 Frs., es fand sich aber kein Bieter.

Stuttgarter Blätter erzählen folgendes betrübendes Ereigniß von der württembergischen Alb: Am 9. Morgens durchpürschten einige Jagdliebhaber den Gerstetter Communwald Neuholz nach einem Hirsche oder Reh.

darum muß der Todeskampf kurz gewesen sein. Unter schon vielen wieder ein Beispiel, wie gewagt und gefahrvoll es ist, nur aufs Gerathewohl und ohne daß man des Wildes ansichtig geworden, loszubrüden.

Meßbericht.

Leipzig, 19. Oktober. Die Nachwehen des harten und langwierigen Winters und das eben nicht günstige Ergebnis der Ernte waren keineswegs geeignet, beim Herannahen der eben beendigten Messe günstige Erwartungen von ihr zu hegen.

Hamburg, 17. Oktober. Der Disconto ist bis jetzt für erste, gute Papiere auf 7 1/2 pCt. gestiegen, und für Papiere der Feuerkassen-Anleihe wurden gegen einen Vorschuß von 90 pCt. der Bank schon 10 pCt. an Zinsen offerirt.

Der Geldkranb verschlimmerte sich durch die eingetretenen großen israelitischen Feiertage, an welchen viele jüdische Häuser ihre fälligen Wechsel nicht bezahlten, wohl aber die in ihren Händen befindlichen einkassiren lassen.

Köln, 17. Oktober. Seit 25 Jahren ist hier die Geldnoth nicht so groß gewesen als jetzt, und wenn die Krisis nicht bald eine günstige Wendung nimmt, so muß der Zinssfuß wenigstens um 1/2 pCt. steigen.

Breslau, 22. Oktober. Bei abermals etwas gewichenen Coursen war der Umsatz in Eisenbahn-Aktien heute ziemlich belebt.

Berlin, 20. Oktober. Das fortbauende Sinken unserer inländischen Staatspapiere wirkte auf alle Eisenbahn-Effekten ungünstig, und erlitten die meisten eine beträchtliche Reaction.

Redaktion: E. v. Baerst und H. Barth. Verlag und Druck von Graf, Barth und Comp.

In Auras hält Freitag den 24. Oktober Herr Presbiter Hofferichter den 2ten christkatholischen Gottesdienst.

Theater-Repertoire. Donnerstag, zum ersten Male: „Alles durch die Frauen.“ Lustspiel in 2 Akten, nach Bayard und Lafont von W. A. Herrmann.

Freitag, neu einführt: „Die Schweizerfamilie.“ Lyrische Oper in 3 Aufzügen von Castelli, Nussli von Weigl, Emmeline, Ode. Grünberg, vom großherzogl. Hoftheater in Schwerin, als erste Gastrolle.

Verlobungs-Anzeige. Die Verlobung unserer Tochter Amalie mit dem Kaufmann Herrn Heinrich Bernhardt, beehren wir uns, unsern Freunden und Bekannten hiermit ergebenst anzuzeigen.

Verlobungs-Anzeige. Die Verlobung unserer Tochter Pauline mit dem Königl. Hauptmann a. D., Herrn Rößler, beehren wir uns, unsern Freunden und Bekannten hiermit ergebenst anzuzeigen.

Entbindungs-Anzeige. Heute früh 8 Uhr wurde meine geliebte Frau Emma, geb. Lehmann, von einem gesunden Knaben glücklich entbunden.

Historische Sektion. Donnerstag den 23. Oktober, Nachmittags 5 Uhr, Herr Geh. Archivrat Prof. Dr. Stenzel: Ueber die politischen Verwickelungen, welche den Ausbruch des siebenjährigen Krieges herbeiführten.

Nothwendige Erklärung. Es hat sich das Gerücht verbreitet, als sei ich der Verfasser des in die beiden hiesigen Zeitungen vom 11. d. M. aus der Spener'schen Zeitung aufgenommenen Artikels. Ich habe denselben weder verfaßt noch absichtlich veranlaßt.

Berliner Wechsel, über 300 Thlr., gezogen am 13. Sept. 1845, 2 Monat nach Dato von J. S. Rosen in Warschau, auf J. M. Magnus in Berlin, girirt an Ein hiesiges Königl. hochlöbliches Banco-Direktorium am 22. Oktober.

Durch jede Buchhandlung des In- und Auslandes ist zu beziehen: Dr. David Schulz, das Wesen und Treiben der Berliner Evangelischen Kirchenzeitung.

Das wohlgetroffene Bildniß des Dr. David Schulz; — Auf chines. Papier. Preis zeit her 1 Rtl., bis Ende des Jahres 15 Sgr.

Die deutsche, französische und englische Lese-Bibliothek von J. E. C. Leuckart, Kupferschmiedestraße Nr. 13, Schuhbrückenecke, ist als die vollständigste und reichhaltigste allgemein anerkannt.

Tanzunterricht. Einem hohen Adel und gebildeten Publikum erlaube ich mir ergebenst anzuzeigen, daß ich gefonnen bin, sowohl Herren und Damen, wie auch Kindern, Unterricht in der höhern Tanzkunst zu ertheilen.

3000 Rthl. werden zur ersten alleinigen Hypothek auf ein neugebautes Haus von 7 Fenster Front, welches 8000 Rthl. werth ist, zu 5 pCt. Zinsen sofort gesucht durch J. E. Müller, Kupferschmiedestraße Nr. 7.

Unterkommen-Gesuch. Ein gebildeter, unverb. tüchtiger Oekonom, welcher aus großen Gütern gedient, die besten Zeugnisse besitzt, wünscht bald wieder als Verwalter oder Amtmann eine Anstellung.



